informationen
194 | 2025-4

5 kompakt: Kleine Waffen – Große Wirkung
9 Plakataktion: Zukunft ohne Atomwaffen!
11 Unterschriftensammlung: Nicht mit mir!

Deutsche Waffen für Völkerrechtsverbrechen?

Rund 100.000 Menschen protestierten bei »All Eyes on Gaza« in Berlin
Foto: dpa

Der Gazastreifen ist fast völlig zerstört, die Menschen wissen nicht mehr wohin. Die Gewalt im Westjordanland eskaliert. Israel trauert weiterhin um die Opfer des Hamas-Massakers vom 7. Oktober 2023. Gleichzeitig weckt die Einigung auf eine Waffenruhe und die Freilassung der Geiseln die leise Hoffnung auf ein Ende des Leids. In dieser entscheidenden Situation muss Deutschland Verantwortung übernehmen.

Für Ohne Rüstung Leben ist es wesentlich, dass die Empathie und Solidarität mit den Menschen in Israel und in Palästina nicht gegeneinander ausgespielt werden. Völkerrecht und Menschenrechte gelten immer und für alle! Doch wenn ein enger Partner Deutschlands das Völkerrecht derart ignoriert, wie es die israelische Regierung tut, muss dies Konsequenzen haben. Das ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern auch der Glaubwürdigkeit. Denn wenn Recht nicht mehr für alle gleichermaßen gilt, dann gilt es für niemanden mehr. Zuletzt stellte Mitte September 2025 eine unabhängige Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrates fest, dass Israel in Gaza einen Genozid begeht. Viele internationale Stimmen, aber auch israelische NGOs, teilen die Einschätzung.

Auch in Israel – hier in Tel Aviv – wurde gegen den Gaza-Krieg protestiert
Foto: dpa

Und die Regierung Netanjahu sieht sich nicht nur mit diesem Vorwurf konfrontiert: Auch Angriffe auf zivile Einrichtungen im Libanon, die Tötung von Hamas-Vertretern in der katarischen Hauptstadt Doha, der Angriff auf den Iran und die Siedlungspolitik im Westjordanland gelten als klare Missachtungen des Völkerrechts.

Deutsche Rüstungsgüter im Gaza-Krieg

Laut dem Waffenhandelsvertrag ATT, den auch Deutschland ratifiziert hat, sind Rüstungsexporte verboten, die zu Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verwendet werden würden. Zudem darf nicht geliefert werden, wenn das Risiko besteht, dass die Rüstungsgüter zu schweren Menschenrechtsverletzungen oder Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht beitragen. Dennoch genehmigte Deutschland seit Oktober 2023 Rüstungsexporte in dreistelliger Millionenhöhe nach Israel. Deutsche Rüstungsgüter kamen offenkundig in Gaza zum Einsatz – etwa Panzerfäuste oder Getriebe für israelische Panzer. Bereits 2023 gab es Berichte über den Beschuss des Gazastreifens durch eine in Kiel gebaute israelische Korvette. Deren Hersteller thyssenkrupp Marine Systems gibt an, noch in den Jahren 2024 und 2025 Komponenten für den Schiffstyp geliefert zu haben.

Keine Waffen für Völkerrechtsverletzungen

Erst im August 2025 verkündete Bundeskanzler Friedrich Merz schließlich einen temporären Teilstopp der Exporte. Angesichts der weltweiten Kritik am Vorgehen Israels blieb ihm kaum etwas anderes übrig. Viele EU-Staaten wie Spanien, Frankreich, Belgien, Slowenien und die Niederlande hatten bereits ihre Rüstungsexporte eingeschränkt oder komplett gestoppt. Der Genehmigungsstopp der Bundesregierung war überfällig; er bezieht sich jedoch nur auf Rüstungsgüter, die in Gaza eingesetzt werden könnten. Vorwürfe weiterer Völker- und Menschenrechtsverletzungen, etwa im Westjordanland, scheinen dabei keine Rolle zu spielen. Deutschland trägt Mitverantwortung für den Einsatz seiner Waffen! Ohne Rüstung Leben fordert die Bundesregierung deshalb seit Jahren vehement auf, sicherzustellen, dass deutsche Waffen keinen Völkerrechtsverletzungen Vorschub leisten. Dabei darf es keine Doppelstandards geben.

Menschenwürde und Freiheit für alle

Deutschlands historische Verantwortung für Israel ist unbestritten. Doch sie bedeutet auch, aufzustehen, wenn die Regierung Netanjahu das Völkerrecht mit Füßen tritt, Millionen Menschen vertreibt und Israel international immer stärker isoliert.
Am 27. September 2025 haben wir daher zum Protest »All Eyes on Gaza« in Berlin aufgerufen: Gegen alle Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, für ungehinderte humanitäre Hilfe, einen Waffenstillstand und die Freilassung aller Geiseln. Anderthalb Wochen später besteht vorsichtige Hoffnung, dass die Stimmen gehört werden. Doch die Hoffnung ist fragil; der Weg zu einer friedlichen Zukunft für Israel und Palästina noch weit. Die Bundesregierung muss jetzt für einen dauerhaften Frieden eintreten, der auf dem Völkerrecht basiert und Gleichheit, Freiheit sowie Menschenwürde für alle gewährleistet.

Charlotte Kehne

Wahre Sicherheit für uns alle kann nur durch einen gerechten Frieden erreicht werden

Jüdisch-palästinensische Bewegung »Standing Together«

»Die Waffenindustrie profitiert vom legalen und vom illegalen Handel«

Interview mit dem US-Aktivisten John Lindsay-Poland

In Europa wird es kaum wahrgenommen, doch Länder wie Mexiko leiden weiterhin massiv unter Schusswaffengewalt. Eine zentrale Rolle spielen dabei Kleinwaffen aus den USA. Wir sprachen mit John Lindsay-Poland über die Entwicklungen und seine Botschaft an deutsche Waffenhersteller.

Lieber John, du bist Koordinator der Kampagne »Stop US Arms to Mexico«. Wie arbeitet ihr und welche Ziele verfolgt ihr?

»Stop US Arms to Mexico« ist ein Projekt der Menschenrechtsorganisation Global Exchange. Mit Forschung, Advocacy-Arbeit und grenzüberschreitendem Engagement setzen wir uns dafür ein, den Strom legaler und illegaler Schusswaffen aus den USA nach Mexiko zu reduzieren – Waffen die bei hunderttausenden gewaltsamen Todesfällen mitgewirkt haben.

Die Mehrheit der Waffen, die in Mexiko bei Straftaten eingesetzt werden, stammt aus den USA. Auf welchen Wegen gelangen sie ins Land und wer profitiert davon?

Die USA und Mexiko teilen sich eine 3.000 Kilometer lange Grenze und der US-Einzelhandel für Schusswaffen ist riesig. Es gibt Tausende von Waffenläden in der Nähe der Grenze. Dort ist es einfach, militärtaugliche Schusswaffen zu kaufen, die bei kriminellen Gruppen in Mexiko begehrt sind. Die hochgerüstete Grenzsicherung konzentriert sich auf Bewegungen in die USA hinein und nicht aus dem Land heraus. Deshalb ist es leicht, Waffen über die Grenze nach Mexiko zu schmuggeln.
Mexiko kauft auch legal Tausende von Schusswaffen von US-Herstellern – hauptsächlich für Militär und Polizei. Es ist mit Abstand der größte Importeur von US-Schusswaffen in Lateinamerika. Diese Exporte haben jedoch nicht zu einem Rückgang der Gewalt geführt; stattdessen sind sie Teil eines Wettrüstens mit kriminellen Gruppen, die selbst leichten Zugang zu US-Waffen haben. Die Waffenindustrie profitiert also von beiden Seiten des Waffenhandels mit Mexiko, sowohl von legalen Exporten als auch vom illegalen Handel. Die menschlichen, sozialen, medizinischen und volkswirtschaftlichen Kosten überwiegen jedoch bei weitem.

John Lindsay-Poland im Juni 2025 in Mexico City
Foto: dpa

Verkaufsgespräch in einem Waffengeschäft in Illinois
Foto: dpa

Welche Länder leiden noch unter der Flut von Schusswaffen aus den USA?

US-Schusswaffen haben schwerwiegende Auswirkungen auf viele Länder in Mittelamerika und der Karibik, in denen Banden, Drogenkartelle sowie häusliche Gewalttäter illegal mit Waffen versorgt werden und legale Importeure die Waffen auf den illegalen Markt umleiten. Haiti ist besonders betroffen. Dort haben Banden – ausgerüstet mit in Florida und Georgia gekauften Waffen – große Teile des Landes unter ihre Kontrolle gebracht. Darüber hinaus exportierten die USA im vergangenen Jahr weltweit mehr als 760.000 Schusswaffen, von denen viele direkt oder indirekt zur Ausübung krimineller oder staatlicher Gewalt eingesetzt wurden.

Stichwort: Kritische Aktionärinnen und Aktionäre bei Heckler & Koch

Als Teil der »Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch« konfrontiert Ohne Rüstung Leben Vorstand und Aufsichtsrat des deutschen Kleinwaffenherstellers bei seinen jährlichen Hauptversammlungen mit Fragen und Kritik. In diesem Jahr legten wir den Fokus auf die Profite aus dem tödlichen US-Zivilmarkt und mögliche Verbindungen zum illegalen Handel nach Mexiko.

Mehr Informationen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/mexiko.

Mexiko fordert von Unternehmen, die Waffen herstellen oder vertreiben, Verantwortung zu übernehmen und hat Klagen in den USA eingereicht. Wie ist der aktuelle Stand?

Mexiko verklagte 2021 elf US-Waffenhersteller, weil sie durch fahrlässige Vertriebsmethoden den illegalen Handel nach Mexiko begünstigt haben. Der Supreme Court hat den Fall im Juni 2025 abgewiesen und dabei ein von der Waffenlobby gefördertes Gesetz angeführt, das Rechtsstreitigkeiten gegen die Waffenindustrie einschränkt. Es gibt jedoch eine weitere Zivilklage Mexikos gegen fünf Waffenhändler in Arizona wegen ihrer Rolle im grenzüberschreitenden illegalen Waffenhandel. Diese befindet sich derzeit in der Beweisaufnahme und dürfte von der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes unberührt bleiben. Unabhängig vom Ausgang haben diese Klagen entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Diskussionen in den USA wieder darauf konzentrieren, welche Rolle US-Waffen bei Waffengewalt auch außerhalb unserer Grenzen spielen. Eine in den USA gekaufte Waffe wird in Mexiko genauso wahrscheinlich für einen Mord oder ein gewaltsames Verschwindenlassen verwendet wie in den USA. Um das zu ändern, müssen politische Debatten die länderübergreifenden Dimensionen der US-Waffengewalt berücksichtigen.

Auch für deutsche Kleinwaffenhersteller ist die USA ein attraktiver Standort. Was wäre deine Botschaft an diese Unternehmen?

Unternehmen wie Heckler & Koch profitieren von der Gewalt und dem Faible der US-Gesellschaft für Waffen – in der Zivilbevölkerung wie in Polizei und Militär. Das ist ein zentraler Bestandteil ihres Geschäftsmodells. Meine Frage an diese Unternehmen lautet: Welche Welt möchtet ihr hinterlassen? Ich erwarte jedoch nicht, dass sie von sich aus viel ändern werden. Daher ist das Umfeld wichtig, in dem Unternehmen wie Heckler & Koch agieren. Die Regierungen, die ihre Geschäfte genehmigen. Was tun dieses Umfeld und diese Regierungen? Was werdet ihr tun, um den Handel mit Werkzeugen zum Töten zu regulieren? Das ist eine Frage, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Vielen Dank für diese Einblicke und viel Erfolg für eure wichtige Arbeit!

Fragen und Übersetzung: **Charlotte Kehne**

Von der Pistole bis zum Sturmgewehr: klein, aber tödlich!

Die weltweite Verbreitung von Kleinwaffen ist weit mehr als ein Sicherheitsproblem einzelner Staaten. Sie ist ein globales Risiko für Frieden, Entwicklung und Menschenrechte. Auch deutsche Hersteller tragen zu diesem Risiko bei – und das, obwohl deutsche Kleinwaffenexporte besonders streng kontrolliert werden sollen.

Weltweit sind mehr als eine Milliarde Schusswaffen wie Revolver, Pistolen oder Sturmgewehre – sogenannte Kleinwaffen – im Umlauf. Die überwiegende Mehrheit (rund 85 Prozent) befindet sich laut Schätzungen des *Small Arms Survey* im Besitz von Privatpersonen; nur ein Bruchteil entfällt auf das Militär (13 Prozent) oder Strafverfolgungsbehörden (2 Prozent). Kleinwaffen sind leicht zugänglich, relativ kostengünstig, gut transportierbar und langlebig – Faktoren, die ihre enorme Verbreitung begünstigen.

Globale Bedrohung durch Kleinwaffen

2021 wurde Schätzungen zufolge die Hälfte der 580.000 gewaltsamen Todesfälle weltweit durch Schusswaffen verursacht. Im bewaffneten Konflikt, aber insbesondere auch abseits davon: Als Opfer staatlicher Verfolgung oder von Straftaten wie Überfällen oder häuslicher Gewalt. Allein ihre Verfügbarkeit bei Auseinandersetzungen erhöht bereits die Wahrscheinlichkeit eines tödlichen Ausgangs. Hinzu kommen Unfälle mit unzureichend gesicherten Waffen und Suizide. Kleinwaffen tragen außerdem dazu bei, dass Konflikte länger andauern und schwerer zu bearbeiten sind. Kinder werden mit ihnen rekrutiert, ganze Gemeinschaften verunsichert und in Angst und Schrecken versetzt. Der amerikanische Kontinent nimmt dabei eine besonders herausragende Stellung ein.

Ein bewaffnetes Gangmitglied in Port-Au-Prince, Haiti
Foto: dpa

Ein Bild aus dem Fotoprojekt »Made in Germany«
Foto: Hannah Aders

Regionale Schwerpunkte

In Südamerika, Zentralamerika und in der Karibik liegt der Anteil gewaltsamer Tode durch Schusswaffen zwischen 62 und 71 Prozent. In Nordamerika sind sie sogar für mehr als vier von fünf Fällen tödlicher Gewalt verantwortlich. In den USA kommen auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner 120,5 Schusswaffen in Privatbesitz – ein weltweiter Spitzenwert. Die Todesrate durch Schusswaffen ist mehr als 16-mal so hoch wie in Deutschland. Auch die Menschen in Ländern wie Mexiko und Haiti leiden unter Schusswaffen aus den USA. Legal auf dem US-Zivilmarkt verkaufte Schusswaffen werden illegal über die Südgrenze geschmuggelt. Schätzungen zufolge kommen mehr als 70 Prozent aller Waffen, die an Tatorten in Mexiko sichergestellt und zurückverfolgt wurden, aus den USA. Eine Hauptquelle der Schusswaffen im von Gewalt erschütterten Haiti ist der US-Bundesstaat Florida.

Deutsche Kleinwaffenhersteller profitieren

Auch deutsche Kleinwaffenhersteller profitieren vom größten Zivilmarkt der Welt – den USA. Rund ein Viertel des Gesamtumsatzes von Heckler & Koch entfiel 2024 auf den US-Zivilmarkt. Sig Sauer hat seine Produktion von Deutschland in die USA verlagert und profitiert so auch von den laxeren Exportregeln. 2020 exportierte Sig Sauer USA – eine Tochter der deutschen L & O Holding – 50.000 Pistolen nach Mexiko. Von Deutschland aus wäre das kaum möglich gewesen. Denn in Deutschland sind die Exportregelungen für Kleinwaffen nach jahrzehntelangem zivilgesellschaftlichem Druck verschärft worden. Die *Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport* von Juni 2019 enthalten den Passus: »Der Export von Kleinwaffen in Drittländer soll grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden«. Seitdem sind die Kleinwaffenexporte an Drittstaaten – außerhalb von EU, NATO und gleichgestellten Ländern – massiv gesunken. Eine Ausnahme stellen Lieferungen an die Ukraine dar, die mit dem russischen Angriffskrieg begründet werden. Aber natürlich kann auch hier das Risiko einer unkontrollierten Weiterverbreitung nicht ausgeschlossen werden – so prägen hunderttausende Kleinwaffen aus Zeiten der Jugoslawienkriege bis heute den Westbalkan. Ob sich die Regierung Merz dauerhaft an die *Politischen Grundsätze* gebunden fühlt, bleibt abzuwarten.

Lücken in der Exportkontrolle schließen

Die Folgen von Kleinwaffen sind vielschichtig und gravierend. Deshalb setzt sich Ohne Rüstung Leben weiterhin für ein umfassendes Kleinwaffenexportverbot ein. Darüber hinaus fordern wir von der Bundesregierung, die Lücken in der aktuellen Exportkontrolle zu schließen. Dazu gehört einerseits die Möglichkeit, deutsche Rüstungsexportregelungen durch eine Produktionsverlagerung ins Ausland zu umgehen. Andererseits besteht ein gravierendes Definitionsproblem: Die EU-Definition, an der sich Deutschland orientiert, zählt nur solche Waffen zu den Kleinwaffen, die explizit für militärische Zwecke bestimmt sind. Das führt dazu, dass etwa Pistolen gar nicht zwingend unter die strengeren Regelungen für Kleinwaffenexporte fallen – dabei sind sie nicht weniger gefährlich. Hier muss die Bundesregierung dringend nachbessern!

Charlotte Kehne, September 2025

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird gefördert durch: Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Geburtstagspost von der Bundeswehr

Der »Neue Wehrdienst« sorgt für Verunsicherung

Zum 1. Januar 2026 soll das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz in Kraft treten – mit spürbaren Folgen für alle jungen Menschen: Zum 18. Geburtstag bekommen sie künftig Post von der Bundeswehr.

Das Schreiben enthält die Aufforderung, einen Fragebogen zur Erfassung ihrer persönlichen Daten, Qualifikationen und Bereitschaft zum Wehrdienst auszufüllen. Für Frauen ist dies freiwillig, für Männer verpflichtend. Letztere müssen laut dem Gesetzentwurf ab Juli 2027 zur Musterung erscheinen. So will der Verteidigungsminister genug Freiwillige für seinen »Neuen Wehrdienst« gewinnen.

Doch eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht bleibt auf dem Tisch; vor allem die Unionsparteien fordern vehement die Rückkehr zum Pflichtdienst. Unter jungen Menschen sorgen diese Pläne bereits jetzt für große Verunsicherung. Die Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerung melden einen sprunghaften Anstieg der Nachfragen.

Wenn Sie Fragen zum Thema haben, erhalten Sie umfangreiche Informationen, Beratung und seelsorgerische Unterstützung unter anderem bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (www.eak-online.de) und bei den Landesverbänden der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (www.verweigern.info).

Simon Bödecker

Junge Bundeswehrsoldaten bei einer Übung
Foto: Gertrud Zach

Den Frieden wecken!

Ökumenische FriedensDekade 2025

Seit 45 Jahren engagiert sich die Ökumenische FriedensDekade für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Mit Veranstaltungen, Materialien und Impulsen trägt sie zur friedenspolitischen Willensbildung in Kirchen, Gemeinden und Gesellschaft bei.

Die diesjährige FriedensDekade wird vom 9. bis 19. November 2025 bundesweit in Kirchengemeinden und Friedensinitiativen begangen.

»Das Motto ›Komm den Frieden wecken‹ fordert uns auf, hinzusehen und die Wege des Friedens zu erkennen«, erläutert Jan Gildemeister, der Vorsitzende der Ökumenischen FriedensDekade. Es solle Mut machen und dazu einladen, Frieden aktiv zu suchen und zu fördern.

www.friedensdekade.de

Grafik: Sebastian Schmidt / Ökumenische FriedensDekade

Milliardenkosten und neue Abhängigkeiten

F-35-Atombomber werfen immer mehr Fragen auf

Ein F-35A-Bomber mit zwei B61-12-Atombomben (Übungsattrappen)
Foto: Los Alamos National Laboratory

Foto: Darrell Ames / U.S. Army

Im Dezember 2022 gab der Bundestag rund 10 Milliarden Euro für den Kauf von 35 Kampfflugzeugen des Typs F-35A beim US-Hersteller Lockheed Martin frei. Sie sollen die künftigen deutschen Atombomber werden; vorgesehen für den Einsatz von US-Atombomben im Rahmen der nuklearen Teilhabe. Doch der Kauf wirft immer neue Fragen auf.

Umbau in Büchel deutlich teurer

Um die F-35 am Atomwaffenstützpunkt Büchel stationieren zu können, sind dort bis Ende 2026 umfangreiche Umbauten notwendig (wir berichteten bereits in den *Informationen 186)*. Die Kosten dafür wurden nun erneut nach oben korrigiert: Statt der ursprünglich veranschlagten 260 Millionen sollen sie nun mindestens 2 Milliarden Euro betragen! Und auch die Flugzeuge selbst könnten teurer werden – das zumindest lässt ein Blick in die Schweiz befürchten. Die Eidgenossen hatten rund eineinhalb Jahre vor Deutschland ebenfalls F-35A-Kampfjets in den USA geordert. Nun sehen sie sich mit einer Nachforderung von mehr als 1,6 Milliarden Euro konfrontiert. Gut möglich, dass auch die deutsche Bundesregierung bald entsprechende Post bekommt.

Neue Abhängigkeiten von den USA

Darüber hinaus steht der »modernste Kampfjet der Welt« in krassem Widerspruch zur vielbeschworenen strategischen Autonomie Europas: Die technische Wartung der F-35 sowie ihre regelmäßigen Software-Updates erfolgen komplett durch die USA. Ein gefundenes Druckmittel für den US-Präsidenten. Portugal und Spanien haben ihre Pläne zur Beschaffung von F-35 daher mittlerweile gestoppt; in der Schweiz wird hitzig über eine Stornierung diskutiert. Ohne Rüstung Leben fordert die Bundesregierung auf, diesen Beispielen zu folgen. Milliardenausgaben für Atombomber machen unser Leben nicht sicherer. Was Europa braucht, sind sichtbare Zeichen der nuklearen Deeskalation und Abrüstung!

Simon Bödecker

Mittelstreckenwaffen: Kampagne übt scharfe Kritik

Die Kampagne »Friedensfähig statt erstschlagfähig« stellt sich klar gegen das Vorhaben der Bundesregierung, Typhon-Startsysteme für Mittelstreckenwaffen in den USA zu kaufen. »Diese Waffen wirken destabilisierend und erhöhen die Eskalationsgefahr durch Fehleinschätzungen«, betont Simon Bödecker, Referent bei Ohne Rüstung Leben und einer der Sprecher der Kampagne. Anstatt eigene Erstschlagfähigkeiten aufzubauen, müsse sich Deutschland für ein INF-Nachfolgeabkommen einsetzen.

Mehr aktuelle Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/mittelstreckenwaffen.

Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!

Gedenkaktionen und Plakate zum 80. Jahrestag von Hiroshima und Nagasaki

Das Motiv sorgte für Aufsehen: Auf dem Weg zur Arbeit, zum Einkaufen oder beim Ausgehen warfen hunderttausende Menschen einen Blick darauf. Viele blieben kurz stehen, um unsere Plakate genauer zu betrachten. »Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!« lautete die Botschaft. Und das Foto machte deutlich, dass sich weltweit junge Menschen für atomare Abrüstung einsetzen.

Plakataktion in sechs Städten

Gemeinsam mit dem »Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt«, ICAN Deutschland und den Mayors for Peace hat Ohne Rüstung Leben die große Plakataktion auf den Weg gebracht. In der ersten Augustwoche – also 80 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki – ließen wir das ermutigende Motiv an zentralen Orten in sechs deutschen Großstädten aufhängen. Unter anderem an der Messe Köln, am Münchner Hauptbahnhof, in der Hamburger HafenCity und am Alexanderplatz in Berlin.

Friedenserklärung aus Hiroshima

Die kleineren Formate des Plakates, die wir ergänzend anboten, sorgten für große Nachfrage und waren auf vielen Gedenkaktionen für Hiroshima und Nagasaki zu sehen. Hunderte solcher Mahnwachen und Aktionen fanden allein in Deutschland statt; weltweit gedachten Millionen Menschen den Atombombenopfern und zeigten ihre Unterstützung für den UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). In seiner Friedenserklärung am 6. August 2025 in Hiroshima betonte Bürgermeister Kazumi Matsui die Bedeutung der weltweiten Zivilgesellschaft und der aktiven jungen Menschen. Er rief sie auf, sich weiter mit Nachdruck für die Überzeugung einzusetzen, dass eine friedliche Welt nur ohne Atomwaffen möglich ist.

Simon Bödecker

Bilder von den Origami-Kranichen in Hiroshima und mehr zu unseren Aktionen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/hiroshima.

Origami-Kraniche am Children's Peace Monument in Hiroshima
Foto: Annegret Krüger

Unser Plakat im Bahnhof Köln-Mülheim
Foto: Simon Bödecker

15.000 Menschen demonstrierten am 3. Oktober 2025 in Stuttgart
Foto: Ali Carman

Die Dominanz des Militärischen überwinden

Im Ukraine-Krieg sind weitere diplomatische Initiativen nötig

Dreieinhalb Jahre dauert Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine bereits an. Damit einher geht eine fortschreitende Verengung der Debatten: Fragen der Sicherheit werden zunehmend rein militärisch gesehen. Die Politik muss sich jetzt mit Nachdruck für mehr Diplomatie einsetzen.

Moskau an den Verhandlungstisch bringen

Seit Frühjahr 2025 liegt der Vorschlag der Ukraine für eine bedingungslose Waffenruhe vor. Im Juni fanden erstmals direkte Gespräche einer russischen und einer ukrainischen Delegation in Istanbul statt. Und nach dem Alaska-Gipfel im August brachte US-Präsident Donald Trump ein Treffen zwischen Wolodymyr Selenskyj und Wladimir Putin ins Spiel, in das Selenskyj einwilligte. Das sind – endlich! – wieder Signale der Gesprächsbereitschaft von Seiten der Ukraine und ihrer Verbündeten. Doch Putin stellt sich erneut als größtes Hindernis heraus, wenn es darum geht, das Töten zu beenden: Er verlangt ein Treffen in Moskau (für Selenskyj nachvollziehbarerweise kaum akzeptabel) und macht die Erfüllung seiner Kriegsziele zur Voraussetzung für einen Waffenstillstand. Hinzu kommen schwere Angriffe auf die Ukraine, russische Drohnen im polnischen und rumänischen Luftraum sowie Provokationen im Baltikum. Ziel der europäischen Staaten sollte es daher sein, Putin jetzt mit diplomatischem Druck, Anreizen und einer abgestimmten Strategie an den Verhandlungstisch zu bringen.

Weltweit explodierende Rüstungsetats

Denn je länger der Krieg andauert, desto mehr breitet sich das Gift der Militarisierung aus. Die Selbstverteidigung der Ukraine steht dabei längst nicht mehr im Fokus – was sich an weltweit explodierenden Rüstungsetats, der Entwicklung neuer Mittelstreckenwaffen und der Rückkehr zu geächteten Landminen und Streumunition zeigt.
Ohne Rüstung Leben fordert von der deutschen Bundesregierung, die Dominanz des Militärischen zu überwinden, zivile Antworten auf die hybriden Angriffe gegen Demokratien zu entwickeln sowie Krisenprävention und Diplomatie zu stärken.

35.000 Menschen bei Demonstrationen

Um diese Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen, haben wir die Demonstrationen »Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!« am 3. Oktober 2025 in Stuttgart und Berlin unterstützt. Gut 35.000 Menschen sind auf die Straße gegangen und haben ein deutliches Zeichen gesetzt: Gegen Aufrüstung und Militarisierung, für Frieden, Diplomatie und den Schutz der Menschenrechte. Wir hätten uns im Aufruf auch die Forderung an Russland gewünscht, den Krieg in der Ukraine zu beenden und Verhandlungen zu beginnen. Damit konnten wir uns leider nicht durchsetzen. Ohne Rüstung Leben wird diese Position aber weiterhin vertreten. Die Redebeiträge bei den Demonstrationen kamen aus Zivilgesellschaft, Politik und Gewerkschaften – unter anderem von Margot Käßmann, Ralf Stegner, Jürgen Grässlin und Ulrike Eifler. Bei aller Vielfalt waren sie sich im Fazit einig: Aufrüstung, Wehrpflicht und »Kriegstüchtigkeit« führen nicht zu Frieden und Sicherheit. Vor allem nicht, wenn sie einhergehen mit immer mehr sozialer Kälte, Einsparungen am Gemeinwesen sowie Milliardenkürzungen bei ziviler Friedensförderung und humanitärer Hilfe. Politik und Gesellschaft müssen sich jetzt vielmehr darauf konzentrieren, Wege aus der Gewaltspirale zu finden und um Ideen ringen, wie menschliche Sicherheit gefördert und künftigen Aggressionen vorgebeugt werden kann.

Simon Bödecker

Aktuelle Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/ukraine-krieg.

Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir!

Unterschriftensammlung an die Bundesregierung

Im Bundeshaushalt 2026 sollen die Mittel für Aufrüstung und militärische Infrastruktur erneut steigen. Gleichzeitig werden die Etats für zivile Krisenprävention, Friedensförderung und humanitäre Hilfe immer weiter gekürzt. Wir protestieren gegen diese gefährliche Entwicklung und fordern von der Bundesregierung:

- Einen Stopp der maßlosen Ausgaben für Aufrüstung. Nötig sind mehr Investitionen, die unser aller Leben verbessern.
- Keine Belastung nachfolgender Generationen durch unbegrenzte Neuverschuldung fürs Militär oder durch eine Wehrpflicht.
- Einen entschlossenen diplomatischen Einsatz für ein Ende des russischen Angriffskrieges und nachhaltigen Frieden für die Ukraine.
- Ein glaubwürdiges Eintreten für Völkerrecht und Rüstungskontrolle sowie eine Stärkung der Zivilen Konfliktbearbeitung.

Machen Sie mit: Helfen Sie uns, bis September 2026 möglichst viele Unterschriften zu sammeln!

Unterschriftenlisten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

informationen
194 | 2025-4

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist eine Entwicklung, die Mut macht: Hunderttausende sind in den letzten Wochen auf die Straße gegangen. Für einen Waffenstillstand im Nahen Osten, gegen Kriegsmanöver und Aufrüstung, für Diplomatie und Friedensförderung. Ohne Rüstung Leben hat mehrere der Demonstrationen unterstützt. Wir sind überzeugt: Es braucht gesellschaftlichen Druck, um die Dominanz des Militärischen zu überwinden (Seite 10).

Über die Kriege in Gaza und in der Ukraine geraten andere Missstände leicht in Vergessenheit. Etwa die Tatsache, dass rund 290.000 Menschen pro Jahr durch Schusswaffen sterben! Besonders betroffen sind die USA und Lateinamerika. Wir haben mit dem US-Aktivisten John Lindsay-Poland über die Hintergründe gesprochen – und darüber, welche Rolle deutsche Waffenhersteller dabei spielen (Seite 3).

An dieser Stelle will ich Ihnen herzlich dafür danken, dass Sie unsere Materialien in so großer Zahl bestellen und verbreiten – das Faltblatt *Mythen der Militarisierung* mussten wir bereits nach wenigen Tagen nachdrucken lassen.

Ich freue mich, wenn Sie unsere Arbeit auch mit einer Spende unterstützen und wünsche Ihnen einen friedlichen Herbst

Ihr

Simon Bödecker

Impressum

Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Simon Bödecker

Auflage
15.000

Informationen zum Datenschutz
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss
8. Oktober 2025

natureOffice
Papierfreie Arbeitsweise
Produktion

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014 CLASSIC+4 PRESSEPOST Deutsche Post

Inhalt

1 | Titel
Deutsche Waffen für Völkerrechtsverbrechen?

3 | Hintergrund
»Die Waffenindustrie profitiert vom legalen und vom illegalen Handel«
Interview mit John Lindsay-Poland

5 | kompakt
Kleine Waffen – Große Wirkung

7 | Aktuell
Der »Neue Wehrdienst« sorgt für Verunsicherung

7 | Aktuell
Ökumenische FriedensDekade 2025

8 | Aktuell
F-35-Atombomber werfen Fragen auf

9 | Aktion
Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!

10 | Aktuell
Die Dominanz des Militärischen überwinden

11 | Aktion
Immer mehr Milliarden fürs Militär?
Nicht mit mir!

Spenden
Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden